

sehen, die Gefahr einer atomaren Selbstvernichtung der Menschheit, die Gefahr einer Katastrophe von Hunger, Elend und Unmenschlichkeit in der Dritten Welt, und zugleich in einer Hoffnung wider alle Hoffnung dem Leben nach dem Evangelium zutrauen, Abwehrkräfte gegen diese Gefahren freizusetzen.“

Unter der gleichen Devise kritisierte drei Wochen später der Vorstand der KDSE auf seiner Sitzung in Bonn am 6./7. März 1971 den Themenkatalog der Gemeinsamen Synode, der ausschließlich am Bestehenden orientiert sei: „Durch Aufzählung vorhandener Strukturen, Einrichtungen und Institutionen unterbindet dieser Vorschlag eine spontane und kreative Arbeit der Kommissionen, die auf eine fundamentale Erneuerung der Kirche abzielen muß.“ Die Arbeit der Kommissionen laufe so bestenfalls auf „Kirchenkosmetik“ hinaus.

Als „Perspektiven“ wurden in Münster gebilligt, gegenüber den evangelischen Studentengemeinden die Einladung des nichtkatholischen Partners konfessionsgemischter Ehen zur Teilnahme an der Eucharistiefeyer auszusprechen, die Zulassung verheirateter Priester zum Gemeindedienst und die Zulassung von Geschiedenen und Wiederverheirateten zu den Sakramenten. Ferner lautet eine Empfehlung an alle Gemeinden, die ökumenische Zusammenarbeit mit der jeweiligen Evangelischen Studentengemeinde voranzutreiben.

Die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der katholischen Studentengemeinden spiegeln sich deutlich in der *Spannung* zwischen einigen weniger „progressiven“ Gemeinden und der KDSE wider. Die Gemeinden fühlen sich von der KDSE gegängelt, überfahren. Sie haben den Eindruck, daß die Zentrale in Bonn nicht genügend auf ihre Probleme eingeht, ihre subsidiäre Funktion für die Gemeindearbeit vernachlässigt. Sie suchen der „Verselbständigung“ des KDSE-Vorstandes zu steuern, indem sie darauf aufmerksam machen, daß „Programm, Arbeitsweise und Politik der KDSE allein von den Gemeinden her bestimmt“ sein müßten. Der KDSE-Vorstand wehrte sich mit dem Hinweis, daß alle Aktivitäten sich auf Beschlüsse des Vertretertages gründeten.

Spannungen im katholischen studentischen Lager zeigen sich weiterhin am Verhältnis der katholischen Studentenverbände zur KDSE. Die Verbände gründeten eine eigene *Arbeitsgemeinschaft Katholischer Studentenverbände* (AKStV), die — und das ist aufschlußreich — in der „kirchlich-pastoralen Arbeit“ bei der KDSE als Verbänderrat vertreten ist. Kirchlich-pastorale Arbeit habe „die Verwirklichung des Glaubens und den Vollzug von Kirche im Raum der Hochschule zum Ziel“. Hier fällt kein Wort von gesellschaftspolitischer Aktivität.

## *Unbehagen beim Episkopat*

Den deutschen Bischöfen bereitet die KDSE erhebliches Unbehagen. Die vom Episkopat anerkannte Vertretung der zusammengeschlossenen Studenten- und Hochschulgemeinden fällt dem kirchlichen Amt wegen ihrer Politisierung, ihrem aggressiven Engagement zum Beispiel beim Trierer Katholikentag und bei der Gemeinsamen Synode der westdeutschen Bistümer in der „Arbeitsgemeinschaft Synode“, ihrer Kritik am kirchlichen Establishment und an der Theologie auf die Nerven.

Ein Indiz dafür ist, daß die vom Gemeindevertretertag in Freising im Juli 1969 verabschiedete neue Satzung der KDSE bisher noch nicht anerkannt worden ist. Auch auf der letzten Vollversammlung der Bischofskonferenz wurde keine Entscheidung getroffen (vgl. ds. Heft S. 189). Die Bischöfe wünschen eine stärkere Kontrolle des Ordinarius über die Gemeinden. Sie fordern einmal, daß jede Studenten- oder Hochschulgemeinde und ihre Satzung vom Ortsbischof anerkannt werden müssen. Zum anderen wünschen sie, daß von den drei Delegierten einer Gemeinde im Vertretertag einer *Studentenpfarrer* sein müsse. Hierdurch soll eine Kontinuität der Arbeit gewahrt werden, da, durch das Studium bedingt, die studentischen Vertreter ständig wechseln. Die Studentenfarrer könnten jedoch, so meinen die Bischöfe, auch als (relativ) mäßigende Stimmen gewertet werden.

Das zweite, noch deutlichere Indiz für eine beginnende Konfrontation zwischen Bischofskonferenz und KDSE ist, daß die Mittel für die KDSE für das Jahr 1971 — im Haushaltsentwurf sind 360 000 Mark angesetzt — zwar bereitgestellt worden sind, aber zunächst nur für drei Monate ausgezahlt wurden. Als Gründe wurden von unterrichteter Seite angegeben, die Verhandlungen über die Satzungsänderung müßten endlich zu einem Ende gelangen, und es hätten einige Belege bei früheren Abrechnungen gefehlt.

Die KDSE jedoch sieht die zögernde Auszahlung der Gelder als Druckmittel an, weil der Hierarchie die ganze Richtung der Studentenvertreter nicht gefalle.

Wie die Mehrheitsverhältnisse auf dem Gemeindevertretertag im Juli sein werden, auf dem das Schwerpunktprogramm nun verabschiedet werden soll, ist schwer vorzusagen. Die Nicht-Marxisten könnten sich nach den Erfahrungen in Münster immerhin gewarnt und zugleich gestärkt fühlen. Eine weitere Folge könnte aber sein, daß sich die aktiven Gruppen in den Sozialpolitischen Arbeitskreisen und den Arbeitskreisen Dritte Welt, die bereits heute eigene Arbeitsgemeinschaften gebildet haben, ganz von den Gemeinden absetzen.

## **Länderbericht**

### *Zur kirchenpolitischen Entwicklung in der ČSSR*

*Bereits im letzten Heft (vgl. S. 113 ff.) haben wir über die jüngsten kirchenpolitischen Entwicklungen in der Tschechoslowakei, insbesondere über die Vorgänge um die neu ins Leben gerufene Friedensbewegung katholischer Geistlicher informiert. An Hand der inzwischen eingegangenen Informationen sind wir in der Lage, einen detaillierteren Überblick über die kirchen- und partei-*

*politisch verwickelten Zusammenhänge zu geben, die das Gesamtbild der gegenwärtigen Situation der katholischen Kirche in der ČSSR abrunden.*

Es kann nicht mehr übersehen werden, daß jetzt auch in den böhmischen und mährischen Diözesen die Bewegungsfreiheit der Kirche und die Möglichkeit zu pastoraler Ar-

beit mehr und mehr eingeschränkt werden. Dabei bleibt die Abteilung für kirchliche Angelegenheiten im Kulturministerium selbst im Hintergrund, läßt jedoch den Kirchensekretären in den Kreisen und Bezirken vollkommen freie Hand, die in zunehmendem Ausmaß das gesamte kirchliche Leben wiederum reglementieren, beobachten und einschränken; selbst seelsorgliche Aushilfe zwischen benachbarten Gemeinden ist genehmigungspflichtig.

### *Die Orden in Bedrängnis*

Im November 1970 mußte auf Befehl der Kirchenabteilung des Ministeriums das 1968 begründete Sekretariat der *männlichen Ordensgemeinschaften* wieder aufgelöst werden. Der derzeit amtierende Leiter des Kirchensekretariates *K. Mixa* sprach den männlichen Orden in der ČSSR die gesetzliche Existenzberechtigung ab. Die Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft in Prag aus dem Jahre 1968, nach der die gewaltsame Aufhebung aller Ordenshäuser im Jahre 1949 den gültigen Gesetzen widersprochen habe, wird vom Kirchensekretariat ignoriert. Dieses nimmt für sich ausdrücklich das Recht in Anspruch, das Gesetz zu interpretieren und anzuwenden. Es bleibt abzuwarten, welchen Erfolg eine gegen diese Willkür des Kirchensekretariates von namhaften Juristen ausgearbeitete Beschwerde haben wird, die anfangs dieses Jahres der Generalstaatsanwaltschaft zugestellt worden ist. Die Provinzoberen der männlichen Orden besitzen nach Ansicht des Kirchensekretariates keinerlei Jurisdiktionsvollmachten über die Mitglieder ihrer religiösen Gemeinschaften; das Verbot von Neuaufnahmen ist ihnen neu eingeschärft worden.

Anders verfährt die Regierung mit den *katholischen Frauenorden*. Diesen wird als Ordensgemeinschaften eine gesetzliche Existenzberechtigung nicht streitig gemacht, obwohl das Gesetz keinen Unterschied zwischen Männer- und Frauenorden macht. *Mixa* (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Sekretär des Apostolischen Administrators von Prag) rief in den letzten Monaten die Provinzoberinnen der einzelnen Ordensgemeinschaften einzeln zu sich, sprach auf sie ein und „riet“ ihnen, sich ruhig zu verhalten und vorläufig keine Novizinnen aufzunehmen. Allen Ordensfrauen ist auch jetzt in Böhmen und Mähren jegliche Mithilfe in der Seelsorge verboten, auch jede Art von Hauskrankenpflege und die (individuelle) Betreuung alter und gebrechlicher Menschen. Diese Verbote wurden mit der Zusicherung verbunden, daß für den Herbst 1971 eine neue gesetzliche Verordnung in Vorbereitung sei, die den Schwestern neue Möglichkeiten schaffen werde, ihre Aktivität wieder aufzubauen; bis dahin sollten sie sich gedulden. Es muß jedoch vermerkt werden, daß den Schwestern bereits für den Herbst 1970 gleiches angekündigt worden war. In Prag wird nicht bezweifelt, daß die Frauenorden eine begrenzte Möglichkeit erhalten werden, ihre stark gelichteten Reihen zu ergänzen. Die zumeist in der staatlichen Fürsorge beschäftigten Ordensfrauen arbeiten ausschließlich bei Alten und Gebrechlichen und in Anstalten für Unheilbare und Geistesranke, d. h. in den geschlossenen und meist abgelegenen Anstalten, für die keine weltlichen Pflegerinnen sich melden. Bereits im November 1966 hatte der damalige Gesundheitsminister *Plojhar* davon gesprochen, den katholischen Frauenorden die *Genehmigung für Neuaufnahmen* zu erwirken. Und damals schon wurde auf den

großen Mangel an Pflegerinnen hingewiesen; geändert hat sich jedoch bis heute nichts.

Zu erwähnen ist indessen, daß selbst bestqualifizierte Ordensfrauen, die nach staatlich anerkannter Ausbildung in der Krankenpflege innerhalb dieser Anstalten Verwendung gefunden haben, bis zum Jahre 1967 nicht nach den gültigen Tarifen besoldet worden sind, nicht einmal in den Häusern der tschechischen katholischen Caritas. Jetzt sind diese Schwestern zwar rentenberechtigt, erhalten aber auf Grund ihrer langjährigen Unterbezahlung ein sehr geringes Altersgeld. Es kam vor, und daran hat sich auch heute nichts geändert, daß sie sehr oft unter Bedingungen gearbeitet haben und heute noch arbeiten, die keinem anderen Angestellten in diesen Häusern zugemutet werden. Selbst Schwestern, die den ganzen Tag schwerste Arbeit verrichten müssen, etwa in Wäschereien, darf von den Anstaltsleitungen nicht die geringste Verpflegungszulage gewährt werden.

### *Gründungsschwierigkeiten für Pacem in terris*

Doch gehören diese Feststellungen zu den Alltäglichkeiten; sie allein geben keinen Anlaß, von einem kritischen Entwicklungsstadium in der kirchenpolitischen Situation der ČSSR zu sprechen. Um so mehr Anlaß dazu bietet nach wie vor die schon lange vorbereitete, jedoch offiziell immer noch nicht vollzogene Wiedererrichtung der (alten) *Friedensbewegung katholischer Geistlicher*. Sie trägt einen neuen Namen, sicher treten auch neue Männer an ihre Spitze, doch bleibt ihr Charakter und ihre eigentliche Zielsetzung letztlich in einem mehr als verdächtigen Zwielicht.

Nach mehreren mißlungenen Versuchen und verschiedenen Neuansätzen, die bereits im Jahre 1970 zu einem Erfolg führen sollten, gelang es nun doch, einen Vorbereitenden Ausschuß der Vereinigung des katholischen Klerus unter dem Namen *Pacem in terris (Pit)* offiziell ins Leben zu rufen. Am 15. Dezember 1970 versammelten sich in Prag die Kapitelvikare von Olmütz und Königgrätz und der Verwalter der Administratur von Teschen, ferner der Dompropst von St. Veit in Prag, *J. Stehlik*, die Kanzler der bischöflichen Konsistorien (Ordinate) von Brünn und von Böhmisches Budweis und 40 Priester. Es fällt auf, daß kein einziger Bischof zugegen war; auch aus der Diözese Leitmeritz wurde kein Teilnehmer namentlich angeführt. Es wurde von einem „erhöhten Interesse“ der Geistlichen für diese neue Organisation und für ihre Tätigkeit auf bürgerlicher und sozialer Ebene und für ihre Friedensbemühungen gesprochen (Katolické Noviny, 3. 1. 71). Für den 19. Januar 1971 wurde bereits die *Gründungsversammlung* festgelegt. Für den 12. Januar wurde dieser Vorbereitende Ausschuß nochmals nach Prag einberufen, um Aufgaben und Ablauf der Gründungsversammlung zu überprüfen („Katolické Noviny“, 10. 1. 71). In der gleichen Nummer brachte dieselbe Zeitung eine *Erklärung der Bischöfe Böhmens und Mährens* über die vorbereitete Organisation; diese Erklärung wurde am 29. Dezember 1970 in Brünn auf der Konferenz der Bischöfe und Kapitelvikare aus Böhmen und Mähren beschlossen. Dort wurde wörtlich gesagt:

„1. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die vorbereitete Interessengemeinschaft *Pacem in terris* freiwillig ist und den bürgerlichen Bereich betrifft. Wir erwarten jedoch, daß sich die Mitglieder stets als Priester ihrer Kirche äußern und einsetzen werden.“

2. Daher halten wir es nicht für unsere Pflicht, in die Frage um die Mitgliedschaft der Priester in dieser Vereinigung einzugreifen.

3. Wir bewahren uns zu jedem Priester eine väterliche Zuneigung und würdigen ihn nach seinem Leben und nach seiner Arbeit, sowohl auf der priesterlichen wie auf der bürgerlichen Ebene.

4. Diese neue Vereinigung werden wir nach dem bewerten, wie sie sich bewähren und wie sie zur Konsolidierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche beitragen wird.“

Kurz vor der mit so viel publizistischer Vorbereitung angesetzten Gründungsversammlung erschien ein längerer, nicht gezeichneter Artikel in der Prager „Katolicke Noviny“ (17. 1. 71), in dem nochmals die *Ziele der neuen Vereinigung* dargelegt werden. Es wurden kirchliche Dokumente herangezogen, um die Übereinstimmung des Programms dieser neuen Organisation mit dem Denken und Willen der Kirche aufzuzeigen. Aber der Verfasser nahm es nicht so genau mit der vollen Wahrheit. Er sprach wohl davon, daß „die Mehrheit der Geistlichen“ im wesentlichen sich zustimmend zu den Aufgaben und Zielen dieser neuen Priestervereinigung geäußert habe; er unterließ jedoch den Hinweis, daß auf verschiedenen Priesterversammlungen während des Jahres 1970 der weitaus größte Teil der katholischen Geistlichen Böhmens und Mährens unmißverständlich seine Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht hat: Wenn es schon zu einer Nachfolgeorganisation der 1968 aufgelösten Friedensbewegung kommen soll, dann darf diese nicht ohne und schon gar nicht gegen die Bischöfe arbeiten.

#### *Warum unterblieb der Gründungsakt?*

Dann kam die Überraschung. Unmittelbar vor der für den 19. Januar 1971 im Radio-Palast in Prag angesetzten feierlichen Gründung, zu der bereits *Freundschaftsdelegationen* aus Polen und Ungarn angereist waren, wurde die *Gründungsversammlung* verschoben. Die Veranstalter sprachen gleich im Kultur- und Informationsministerium vor, konnten jedoch die kurzfristig getroffene Entscheidung nicht mehr rückgängig machen. Wohl fand eine Versammlung statt, an der auch der zuständige Minister und namentlich eingeladene Priester teilnahmen, aber es wurde nur von einer Arbeitssitzung des Vorbereitenden Ausschusses gesprochen. Der feierliche Gründungsakt unterblieb.

Auch in der *Slowakei* nahmen die Ereignisse den gleichen Verlauf. Für den 20. Januar 1971 war auch dort die Gründungsversammlung bereits angesagt, die dann ebenfalls im letzten Augenblick zu einer Arbeitskonferenz des Vorbereitenden Ausschusses der slowakischen Priestervereinigung Pacem in terris degradiert wurde; auch dort ist die feierliche Gründung noch nicht erfolgt. Auch die in Preßburg versammelten Geistlichen, die vom slowakischen Kulturminister *Valek* begrüßt worden waren, richteten eine Botschaft an den Regierungschef der Slowakei, in der sie ihre Bereitschaft betonten, an der Konsolidierung des gesellschaftlichen Lebens die Regierung zu unterstützen. Niemand in Prag hatte dies erwartet, weder die Bischöfe mit ihrem Klerus noch die Männer der ehemaligen Friedensbewegung.

Über die *Hintergründe* rätselt man in Prag, ohne zu einer befriedigenden Antwort auf die Frage zu kommen, was diese Verschiebung verursacht hat. Unwahrscheinlich

klingt die eine Meinung, die das *Scheitern der offiziellen Gründung* dem ehemaligen ersten Vorsitzenden der Friedensbewegung, *J. Plojhar*, zuschreiben will, weil er nicht mehr wie früher an der Spitze dieser Vereinigung stehen sollte. Sein wirklicher Einfluß ist so gering geworden, daß er eine solche Wende nicht hätte herbeiführen können. Auch der Einfluß von *J. Beneš*, des wendigen Generalsekretärs der früheren Friedensbewegung, hätte nicht ausgereicht, um das ganze Unternehmen, das Monate hindurch und mit voller Unterstützung des Kirchensekretariates vorbereitet worden war, im letzten Augenblick zu Falle bringen zu können.

Die eigentlichen Hintergründe müssen anderswo, und zwar auf höchster Ebene gesucht werden. In Prag will man von einem *Kompromiß zwischen dem Vatikan und der Regierung* wissen: Nach der „Verbannung“ des seinerzeit insgeheim konsekrierten slowakischen Bischofs *Hnilica* aus Rom nach Kanada, habe sich der Vatikan bereit erklärt, die in Prag und insbesondere von Preßburg scharf abgelehnte Emigranten-Institution *Velehrad* in Rom zu liquidieren. Die Prager Regierung habe als Gegenerweis die Gründung der neuen Priestervereinigung *Pacem in terris* abgesagt. Eine weitere Vereinbarung, daß nämlich die seit 1968 nach Italien entflohenen tschechischen und slowakischen Theologiestudenten, die im Päpstlichen Kolleg *Nepomocenom* Aufnahme fanden, nach Österreich zum Studium beordert werden sollen, klingt schon weniger glaubhaft. Minister *Brozek*, der an der erwähnten Sitzung teilnahm und auch das Wort ergriff, ging nicht näher auf die Gründe der unerwarteten Programmänderung ein. Er nannte nur einige nach seiner Meinung gemeinsame Aufgaben für Gesellschaft und Religionsgemeinschaften in der ČSSR, nämlich die Betreuung der Jugend und den Drogenmißbrauch; im übrigen werde eine neue gesetzliche Regelung für alle Organisationen vorbereitet. Deshalb sei es unzulässig, jetzt die Gründung der vorbereiteten Priestervereinigung vorzunehmen; man müsse sich bis zum Herbst gedulden.

#### *Vermutungen und Hinweise*

Es ist nicht leicht, sich ein klares Urteil zu bilden. Sicher ist die *Pit* vom Kirchensekretariat vorangetrieben worden, das von sich aus schon im Jahre 1970 ihm geeignet erscheinende Geistliche zu verschiedenen Besprechungen eingeladen hatte. Zunächst schien es, als ob die Regierung die so oft angesagten Verhandlungen mit dem Vatikan, insbesondere einen Besuch von Erzbischof *Casaroli* in Prag hinausschiebe, um vorher fertige Tatsachen zu schaffen, insbesondere die Gründung einer neuen regimehörigen Priestervereinigung unter Dach und Fach zu bringen. Das *Kirchensekretariat* mußte schon sehr lange wissen, wie schwach der Widerhall der geplanten Neugründung in den Reihen des Klerus war; es hatte also beachtliche Gründe und eigene Absichten, wenn es dennoch an der Verwirklichung dieses seines Planes interessiert war. Bei der Suche nach den Motiven dürfte die Meinung richtig sein, die im *Pit* nur ein Instrument in den Händen der *KPČ* sieht, den katholischen Klerus über die Leitung dieser neuen Vereinigung zu beeinflussen und parteipolitischen, gesellschaftspolitischen und ideologischen Zielen dienstbar zu machen. Kennern der Situation drängt sich der Verdacht auf, daß die *KPČ* u. a. ihr geeignet erscheinende Männer mit Hilfe des *Pit* dem Vatikan mit größerem Nachdruck als Bischofskandidaten benennen wollte.

Man brauche ein geeignetes Instrumentarium, um den Klerus unter Umgehung der Bischöfe in die Hände zu bekommen, Erfahrungen mit der ehemaligen Friedensbewegung gäben diesen Überlegungen recht. Daß auch der neuen Bewegung die kirchenpolitischen Aspirationen der alten Friedensbewegung nicht fremd sind, macht das Schreiben der versammelten Priester auf der Arbeitssitzung am 19. Januar an den Ministerpräsidenten deutlich. In ihm wurde klar gesagt: „Wir sind zusammengekommen, um im Rahmen der *Konsolidierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat*, an den Vorbereitungen der neuen Vereinigung mitzuarbeiten.“

Der als Sekretär der neuen Priestervereinigung zunächst in Aussicht genommene *F. Hochmann* legte in einem Referat nochmals die Ziele und Aufgaben der Vereinigung dar, und *J. Mara*, der Direktor der Caritas, der sich in den letzten Monaten sehr für sie eingesetzt hatte, aber sein Ziel, an ihre Spitze gestellt zu werden, noch nicht erreicht hat, würdigte in einem ausführlichen Referat die „Verdienste“ der 1968 aufgelösten Friedensbewegung („Katholische Noviny“, 7. 2. 71). Im Ton der Überzeugung rief er aus: „Wir können und wollen nicht die großartige und verdienstvolle Arbeit der Friedensbewegung mit Schweigen übergehen, die in den vergangenen fast 20 Jahren die Friedensbewegung der katholischen Geistlichkeit geleistet hat... Es ist eine Frage unserer priesterlichen Ehre und unsere tiefe moralische Verpflichtung der großen Zahl unserer Mitbrüder gegenüber, die in Übereinstimmung mit ihrer priesterlichen und bürgerlichen Sendung ihre Kräfte in den Dienst des Volkes gestellt haben... Sie waren immer geleitet von reinen Absichten und von dem aufrichtigen Bemühen, der heiligen Kirche und unserem Volke zu helfen und zu dienen.“ Mara griff jene an, die nicht gleicher Gesinnung waren wie er und seine Genossen; ihnen, nicht der Friedensbewegung, sei die Schuld daran zuzuschreiben, daß es der Friedensbewegung in der Vergangenheit nicht gelungen war, die Probleme der Kirche der ČSSR zu lösen. Er fand aber kein Wort zu den selbst von führenden Männern der KPČ offen zugegebenen „Deformationen“ zwischen 1950 und 1967.

### *Geringer Anhang*

Die Rede von Caritasdirektor Mara hat im Klerus und unter den Gläubigen in Böhmen und Mähren Empörung gegen ihn und noch größeren Widerwillen gegen die neue Priestervereinigung hervorgerufen. In Prag kann man nicht verstehen, daß das Kirchensekretariat aus guten Gründen wohl darauf verzichtet hat, Plojhar oder Beneš an die Spitze der neuen Bewegung zu stellen, sich aber weiterhin Maras bedienen wollte. Seine Person böte der neuen Vereinigung die Gewähr, daß sie in Klerus und Kirchenvolk kein größeres Ansehen erringen wird als die unrühmliche Friedensbewegung. Schon werden Stimmen auch solcher Geistlicher laut, die offen für den Sozialismus in ihrem Land eintreten und auch zu positiver Mitarbeit in einer sozialistischen Gesellschaft kommunistischer Prägung ehrlich bereit sind, die sich aber mit allem Nachdruck dagegen wenden, daß Männer wie Plojhar, Beneš und Mara als Sprecher des tschechischen katholischen Klerus auftreten oder gar diesen im Ausland repräsentieren.

Trotz der Aufschiebung des Gründungsaktes ist das Projekt jedoch nicht erledigt. Pacem in terris existiert bereits,

wenn auch unter der Leitung des Vorbereitenden Ausschusses mit diözesanen Vertrauensmännern und einer kleinen Schar echter Anhänger. So fing es auch in den fünfziger Jahren an, als die Friedensbewegung der katholischen Geistlichkeit in der ČSSR nur aus einem „Ausschuß der Friedensbewegung katholischer Geistlicher in der ČSSR“ bestand, der dann den Klerus völlig unter seine Botmäßigkeit bringen konnte.

Die Programmatik der Vereinigung läßt diese Frage offen. Im „*Arbeitstext*“ zu der Konzeption der neuen Friedensbewegung wird von Konzilstexten reicher Gebrauch gemacht, wenn auch der Eindruck sich aufdrängt, daß diese Texte ohne Zusammenhang herausgegriffen werden, nur um einige Gedanken zu unterstreichen, und zwar auch dort, wo eine Divergenz der Aussageabsichten offenkundig wird. Was jedoch über das Verhältnis der neuen Vereinigung zu den Bischöfen dargelegt wird, läßt einige Fragen offen, und erst die Erfahrung wird zeigen, wie von den führenden Männern dieser neuen Bewegung der „dialogische Gehorsam“ aufgefaßt und verwirklicht wird. Problematisch ist die Absicht, bei der Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche mitzuwirken. Hier wird sich zeigen, wessen Geistes die neue Priestervereinigung ist und in wessen Dienst sie letztlich stehen will. Es fällt schwer, die im „*Arbeitstext*“ so oft ausgesprochene gute Absicht und kirchliche Einstellung den drängenden Männern an der Spitze dieser Priestervereinigung zuzubilligen. Eines muß heute bereits befürchtet werden: Daß die Einheit der tschechischen und slowakischen katholischen Geistlichkeit wiederum von außen bedroht ist, wie nach 1950. Wohl ist heute die Hoffnung berechtigt, daß die katholischen Priester der ČSSR sich diesmal nicht so leicht beeindrucken lassen. Und die neue Priestervereinigung muß auch mit der Tatsache rechnen, daß der katholische Klerus die Erinnerung an die Zeit vor 1968 nicht ausgelöscht hat; die jungen Priester haben eine innere Abneigung gegen die Priestervereinigung und ihre führenden Männer bereits früher offenkundig gemacht. Die Gefahr einer inneren Spaltung des katholischen Klerus in der ČSSR ist um so mehr zu bedauern, als nichts notwendiger wäre als die Einheit der Geistlichen untereinander und die enge Bindung an ihre Bischöfe.

### *Eine vielbeachtete Rede von Bischof Tomášek*

Nicht wenige Priester in der ČSSR hatten sich von ihren Bischöfen eine entschiedenere Stellungnahme der geplanten Priestervereinigung gegenüber erwartet. Es muß jedoch bedacht werden, daß der *Bischofskonferenz*, an deren Versammlungen ja nicht nur Bischöfe teilnehmen, eine noch distanzierendere Stellungnahme unmöglich war. Immerhin ist klar auf den Freiwilligkeitscharakter hingewiesen, ebenso auf die Erwartung der Bischöfe über die künftige Tätigkeit der Vereinigung. Ein Priester hat übrigens zu dieser Frage geäußert: „Auch ohne jene Bischofserklärung hätten wir gewußt, was unsere Pflicht ist: dagegen sein.“

Mit Aufmerksamkeit wurde in Prag eine Rede aufgenommen, die der Apostolische Administrator von Prag, Bischof *F. Tomášek*, bei einer als „freundschaftliches Treffen“ deklarierten Zusammenkunft der Mitarbeiter des Sekretariats für kirchliche Angelegenheiten im Kultur- und Informationsministerium mit Vertretern der katholischen Kirche gehalten hat; anwesend waren die Bischöfe

aus Böhmen und Mähren, die Kapitelvikare, Vertreter der tschechischen katholischen Caritas, Mitarbeiter von „Katolicke Noviny“ und des Geistlichen Hirten und auch einige Mitglieder des Vorbereitenden Ausschusses von Pacem in terris. Der stellvertretende Leiter des Sekretariats, *Mixa*, würdigte die bisherige Arbeit und zeigte Perspektiven neuer Aufgaben auf. Bischof Tomášek, der gerade an einer gesamtstaatlichen Konferenz der Nationalen Front teilgenommen hatte, wurde in einer längeren Aussprache sehr deutlich. Ausgehend von der Pastoralkonstitution des II. Vatikanums erklärte er: „Wir Gläubige sollen in den ersten Reihen bei einer opfervollen Arbeit für eine bessere Welt stehen. Darin liegt der große Auftrag zum Engagement der Christen überall in der ganzen Welt, auch bei uns. Und ich sage es mit einer

ganz besonderen Betonung, je mehr wir in unseren Forderungen als Gläubige zufriedengestellt werden, desto freudiger und wirksamer wird unser Engagement im bürgerlichen Bereich sein.“ Er sprach die ehrliche Bereitschaft zu einer positiven Zusammenarbeit auch mit der kommunistischen Regierung aus, zum Wohle des Landes und seiner Menschen. Er meldete aber auch Forderungen an, die von der Regierung noch nicht erfüllt werden. Man wartet mit Spannung auf das Echo der freimütigen Rede Tomášeks in der kommunistischen Presse des Landes. Es bleibt aber auch abzuwarten, wie die zahlreichen Katholiken und Nichtkatholiken reagieren, die nicht mehr ohne weiteres zu dieser Zusammenarbeit bereit sind, weil der kommunistische Staat sie in den letzten Jahrzehnten zu sehr enttäuscht hat.

## Dokumentation

### *Die Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz*

*Vom 1. bis 4. März 1971 tagte in Bad Honnef die Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz. Im Anschluß an die Vollversammlung resumierte der Vorsitzende der Konferenz, Kardinal Döpfner, das Beratungsergebnis in einem Bericht vor der Presse. Aus diesem Bericht geht hervor, daß die Bischöfe sich hauptsächlich mit drei Schwerpunkten zu befassen hatten: mit liturgischen Fragen, mit Strukturfragen der Pastoral und Fragen der Sozialethik. Die Tagungsthematik, das zeigt der Bericht, war wegen der zahlreichen Tagesordnungspunkte äußerst heterogen, dennoch gibt das Resümee des Vorsitzenden einen guten Einblick in die aktuellen Themen, die für das kirchliche Leben in Deutschland von Interesse sind. Erfahrungsgemäß schlagen sich Berichte über die Beratungen der Bischofskonferenz in der Tages- und Wochenpresse nur sehr dürftig nieder. Deshalb drucken wir den Bericht im Wortlaut ab. Wir hoffen, auch in Zukunft unseren Lesern die offiziellen Berichte über die Vollversammlungen der Bischofskonferenz im Wortlaut übermitteln zu können.*

#### I. Billigung liturgischer Texte und Formen

Betrachtet man die Entscheidungen dieser Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, so liegt ihr Schwerpunkt sicher auf dem liturgischen Gebiet. Hier wurden neue Texte und Formen gebilligt oder verabschiedet, die beinahe jeden Katholiken in irgendeiner Weise berühren.

##### 1. Neuer Ritus der Kindertaufe

Die Bischöfe billigten die neue deutsche Fassung des Ritus der Kindertaufe. Die *neue Ordnung der Taufe* soll deutlich machen, daß die Taufe ein Sakrament des Glaubens ist. Die Kirche sieht es daher als ihren eigentlichen Auftrag an, bei Eltern und Paten der Täuflinge einen wirklichen Glauben anzuregen. Dies wird in Zukunft insbesondere durch das Taufgespräch mit den Eltern geschehen; ebenso aber auch bei der Tauffeier selbst, bei der den Eltern mehr als bisher eine aktive Rolle zufällt: Die Eltern erbitten öffentlich die Taufe ihres Kindes; sie bezeichnen die Stirn ihres Kindes mit dem Kreuzzeichen; sie sprechen das Glaubensbekenntnis; sie tragen das Kind zum Taufbrunnen; sie halten die brennende Kerze; und sie empfangen am Ende der Tauffeier einen Segen, der in besonderer Weise als Mutter- und Vatersegens formuliert ist. Der neue Taufritus hebt also die besondere Verantwortung und Verpflichtung der Eltern für die Glaubenserziehung der Kinder sehr stark hervor. Der Taufritus bekennt sich zum Wert und zur Bedeutung der Kindertaufe,

deren Begründung in die früheste christliche Tradition zurückreicht, nach der man Kindern die Taufe nicht vorenthalten darf, wenn Eltern und Paten sowie die an der Taufe teilnehmende Gemeinde den Glauben der Kirche bekennen. Damit wird gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Taufe das Sakrament der Gliedschaft in der Kirche ist. Dieser Gedanke prägt ebenfalls den neuen Taufritus. Die Taufe soll eine *Feier der Gemeinde* sein; nicht nur Eltern, Paten und Verwandte sollen daran teilnehmen, sondern auch Nachbarn und Freunde, und wenn es möglich ist, soll die Taufe auch im Gemeindegottesdienst gefeiert werden; von Ausnahmefällen abgesehen (große Entfernung zur Kirche oder Krankheit), sind Haus- taufen oder Taufen im Krankenhaus verboten. Auch wird aus dem gleichen Grund der gleichzeitigen Taufe mehrerer Kinder der Vorrang vor der Einzeltaufe gegeben. Auf diese Weise soll sichtbar werden, daß der Glaube, auf den die Kinder getauft werden, nicht nur der Glaube der Familie ist, sondern kostbarer Besitz der gesamten Kirche Christi.

##### 2. Regionaler Heiligenkalender

Die Vollversammlung billigte ferner einen regionalen Heiligenkalender für das deutsche Sprachgebiet. Dieser regionale Heiligenkalender hat das Ziel, der Heiligenverehrung in diesem Bereich gegenüber dem umfangreichen römischen Generalkalender gebührend Rechnung zu tragen und gerade in der Heiligenverehrung die lokalen Bindungen zu erhalten und zu fördern sowie der überlieferten Frömmigkeit Raum zu geben. So enthält der Regionalkalender die bedeutendsten Heiligen des gesamten Sprachgebietes (z. B. Erich, Benno, Hildegard von Bingen, Nikolaus von der Flüe, Otto von Bamberg; insgesamt 57 Heiligenfeste), wobei sowohl die im Volk verwurzelte Verehrung wie ihre geschichtliche Beziehung berücksichtigt wurden. Dieser regionale Heiligenkalender ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die neuen deutschsprachigen Liturgischen Bücher für das ganze Sprachgebiet einheitlich herausgegeben werden sollen. Die einzelnen Diözesen haben nun noch die Möglichkeit, in Ergänzung des regionalen Heiligenkalenders ihre besonderen Eigenfeste anzufügen.

##### 3. Richtlinien für die Kommunionsspendung

Ein weiterer Tagesordnungspunkt betraf die Verabschiedung von *Richtlinien zur Kommunionsspendung*. Dabei handelt es sich um Ausführungsbestimmungen zu einer entsprechenden Instruktion der Römischen Gottesdienstkongregation vom Juni vergangenen Jahres. Die Richtlinien umgrenzen zunächst die